

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zuzüglich Postgebühren. Einzelnummern 10 Pf. Die Postämter sind verpflichtet, das Wilsdruffer Tageblatt für Wilsdruff u. Umgegend zu liefern. Im Falle höherer Preiskontrollen behält sich die Redaktion die Möglichkeit vor, den Preis zu erhöhen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der durch Fernschreiber übermittelten Nachrichten. Jeder Rücktritt ist schriftlich zu erklären. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der durch Fernschreiber übermittelten Nachrichten. Jeder Rücktritt ist schriftlich zu erklären.

Angabenpreis: Die 4-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 4-spaltige Reklamazeile im zeitlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Bergeschiedene Zeichnungen werden nach Maßgabe der Anzeigenannahme bis zum 10. Uhr durch Fernschreiber übermittelten Nachrichten. Jeder Rücktritt ist schriftlich zu erklären. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der durch Fernschreiber übermittelten Nachrichten. Jeder Rücktritt ist schriftlich zu erklären.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 267 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 15. November 1933

Deutschland ist Gläubiger.

Die westlichen Kabinette zeigen nach dem deutschen Wahltag in verstärkter Weise das gleiche Bild wie nach dem 14. Oktober, dem Tag der Abgabe Deutschlands an Genf. Voller Unbehagen sieht man vor der Frage: „Was soll nun werden?“ Man ist dort — wieder erkennt es der Deutsche — durch vierzehn Jahre unbedingter deutscher Erfüllungspolitik und Unterwürfigkeit so verwöhnt worden, daß man die nationale Selbstständigkeit Deutschlands noch immer nicht als Tatsache anerkennen will.

Das zweite Kennzeichen der diplomatischen Lage in Westeuropa besteht darin: einerseits möchte man mit Deutschland in direkte Verhandlungen treten, andererseits ist die veraltete Diplomatie Englands und Frankreichs

unverändert in den Zwangsvorstellungen des Versailler Diktates befangen.

Dazu ist folgendes zu sagen: Nach den wiederholten offiziellen Versicherungen der deutschen Verhandlungsbereitschaft durch den deutschen Regierungschef ist nicht einzusehen, was denn eigentlich Frankreich und England von diesen direkten Verhandlungen noch abhält, falls ihr Wunsch ehrlich gemeint ist. Deutschland soll den ersten Schritt tun? Nun, Deutschland hat seine Bereitwilligkeit ja mehr als einmal erklärt, und im übrigen war es Deutschland, das seit sieben Jahren immer wieder nach Genf fuhr und seit sieben Jahren in Genf immer wieder unter Aufgebot der ganzen pharisäischen Völkerbundskaiserrie um seine vertraglichen Rechte von eben diesem Völkerbund

unter Führung Englands und Frankreichs gebracht und vor den Kopf gestochen wurde. Es wirft wieder einmal ein sehr merkwürdiges Licht auf die englischen und französischen Vorstellungen von Gleichberechtigung, wenn immer nur Deutschland Vorschläge machen, immer nur Deutschland sich — trotz seiner verbrieften und unerfüllten Rechtsansprüche! — darum bemühen soll, sich den anderen angenehm zu machen. Bisher kam das stets darauf hinaus, daß sie sich diese anderen dann in London oder in Paris oder im Schnellzug Paris-Genf oder auch in der bekannten „Gaufer Atmosphäre“ zusammensetzten und unter vier Augen das feststellten, was man dann Deutschland in der Form eines Beschlusses vorsehte, der bei Vermeidung von Repressalien und Sanktionen anzunehmen war.

Gewiß, man kann es den Diktatmächten nachfühlen: es ist nach vierzehnjähriger europäischer Diktatur schwer, wenn man nun plötzlich die für seine eigenen Ansprüche immer wieder betonte

„Heiligkeit der Verträge“ auch dem Vertragspartner gegenüber

anerkennen und die eigenen Verpflichtungen erfüllen soll, was man bisher stets verweigert hatte. Aber es ist nötig, dabei einmal folgendes festzustellen:

1. Deutschland war nicht nur Völkerbund, sondern sogar Ratmitglied, hätte also eine führende Macht der Genfer Institution sein sollen. Trotzdem war es entgegen dem klaren Wortlaut der Völkerbundsatzung niemals gleichberechtigt. Niemals sind entscheidende Fragen in Genf durch Verhandlungen am runden Tisch mit Deutschland zusammen geklärt worden; in jedem einzigen Fall haben sich die beiden westlichen Diktatmächte hinter verschlossenen Türen geeinigt und haben dann Deutschland ihren Beschluß in Vorschlagsform, aber mit Diktatinhalt vorgelegt.

2. Durch diese Form der Verhandlungen, denen jedesmal grundsätzliche Einigungen in Paris vorangingen, war die Völkerbundsatzung in einem Punkt, der allgemein bindend

hätte sein müssen, von den Diktatmächten durchbrochen und nicht mehr bindend — Beweis dafür, daß auch die Völkerbundsatzung genau wie das Versailler Diktat „heilig“ ist, nämlich für Deutschland allein, die anderen können sie wie das Diktat ganz nach Belieben ansetzen.

3. Die Völkerbundsatzung ist ein integrierender Bestandteil des Versailler Diktates. Mit dem Bruch der Völkerbundsatzung ist also auch der Versailler „Vertrag“ von den westlichen Mächten gebrochen.

4. Der Versailler „Vertrag“ aber ist vor allem durch die Verweigerung der allgemeinen Abrüstung durch die Westmächte gebrochen, die im Gegensatz zu der auch von ihnen selbst unterschriebenen feierlichen Verpflichtung sogar ein Weiterleben von ungeheurer Umfang einleiteten und noch immer an dessen Durchführung arbeiten.

Was soll jetzt in den Pariser Zeitungen das verlogene Geschrei, Deutschland wolle auf Grund des Wahlergebnisses den Versailler Vertrag „zerreißen“? Frankreich und England haben ihn längst selbst zerrissen und zerreißen ihn mit jedem neuen Riesengeschütz, mit jedem neuen Bombenflugzeug, mit jedem neuen Tank, mit jedem neuen Großkampfschiff und vor allem

mit jeder neuen Verweigerung der tatsächlichen Gleichberechtigung

Das Reichskabinett dankt dem Führer.

Ansprache des Vizkanzlers von Papen.

In der Sitzung des Reichskabinetts hielt vor Eintritt in die Tagesordnung Vizkanzler von Papen folgende Ansprache an den Reichskanzler Adolf Hitler:

Herr Reichskanzler
Im Namen aller Mitglieder der Reichsregierung habe ich die Ehre, in der ersten Sitzung, die das Kabinett nach dem denkwürdigen 12. November vereint, folgendes auszusprechen:

Wir, Ihre nächsten und engsten Mitarbeiter, stehen noch vollkommen unter dem Eindruck des einzigartigen und überwältigendsten Bekenntnisses, das jemals eine Nation ihrem Führer abgelegt hat. In neun Monaten ist es dem Genie Ihrer Führung und den Idealen, die Sie neu vor uns aufrichteten, gelungen, aus einem innerlich zerrissenen und hoffnungslosen Volk ein in Hoffnung und Glauben an seine Zukunft geeintes Reich zu schaffen.

Auch die, die bisher noch abseits standen, haben sich nun einseitig zu Ihnen bekannt, weil sie fühlten, daß es Ihr großer Wunsch war, alle Volksgenossen — gleich, wo sie früher standen — unter Ihrer Führung zu vereinen. Damit ist die nationalsozialistische Bewegung zum Totalstaat geworden mit allen Rechten und Pflichten, die sich daraus ergeben.

Gleich wie die anderen großen Völker nach dem Weltkriege dem unbekanntem Soldaten als Symbol ihrer Tapferkeit Ehre und Würde ein Denkmal errichteten, hat das deutsche Volk gewünscht, vor der Welt ein unüberhörbares Bekenntnis seiner eigenen Ehre und Würde abzulegen, indem es diesem unbekanntem Soldaten, der einst bei Le Barque für sein Volk kämpfte und nun sein Führer geworden ist, einen überwältigenden Vertrauensbeweis darbrachte.

Die Sehnsucht unseres Feldmarschalls und großen Führers aus dem Weltkrieg, das Vaterland in Einigkeit zusammenzuführen zu sehen, ist durch Sie, Herr Reichskanzler, erfüllt worden. Wohl noch nie in der Geschichte der Nationen ist einem Staatsmann ein solches Maß gläubigen Vertrauens entgegengebracht worden.

Das deutsche Volk hat damit zu erkennen gegeben, daß es den Sinn der Zeitenwende begriffen hat und dem Führer auf seinem Wege zu folgen entschlossen ist.

Aus historischer Perspektive dieser Tage betrachtet, wird der 12. November ein Wendetag der deutschen Geschichte sein, weil von hier aus innere soziale Wirkungen im Kampf für die abendländische Kultur weit über die deutschen Landesgrenzen hinaus ausstrahlen werden, aber auch weil die Notwendigkeit einer friedlichen Neuordnung Europas nach dem Gesetz von Recht und Gerechtigkeit nunmehr in ein entscheidendes Stadium getreten ist.

Der Traum von den zwei Deutschlands, die man gegeneinander ausspielen könnte, ist endgültig ausgeträumt. Die Umwelt findet an dessen Stelle eine Nation, die mehr als je entschlossen ist, für ihre Weltgeltung, für ihr Recht und für den Frieden wie für die Wohlfahrt Europas zu kämpfen.

Wir wissen, daß Sie, Herr Kanzler, dem alten Worte huldigen: „Nach dem Steine binde den Helm fester.“ An

an Deutschland, wie sie noch in der letzten Genfer Erklärung des englischen Außenministers Simon und in der Regierungserklärung des französischen Kabinetts Sarraut gegeben ist, die bekanntlich alle Bundesgenossen Frankreichs ausführlich, Deutschland aber nicht einmal dem Namen nach erwähnt.

5. Am 11. Dezember 1932 wurde in dem fünften Art. 26 b. k. m. die Gleichberechtigung Deutschlands ausdrücklich auch außerhalb der Völkerbundsatzung noch einmal anerkannt. England und Frankreich haben sich bisher daran ebenso wenig gehalten wie an die Bestimmungen der Satzung oder an die eigenen Verpflichtungen durch das Versailler Diktat. Auch dieses Fünftakteabkommen ist bisher also ein Beweis für die seit vierzehn Jahren bekante Tatsache, daß die Beforsung von Frankreich immer wieder heuchlerisch zitierte „Heiligkeit der Verträge“ als Grundgesetz im staatspolitischen Verkehr nur für die Verpflichtung, gegen Deutschland, nicht aber für die Verpflichtungen seiner Vertragspartner gelten soll.

6. Aus alledem geht erneut mit unzweifelbarer Klarheit die Tatsache hervor, daß Deutschland in entscheidenden, völkerrechtlich bindenden Punkten von mindestens drei großen Vertragsinstrumenten der Gläubiger seiner Vertragspartner ist. Folglich sind, wie es ja auch die Reichsregierung in letzter Zeit wiederholt betont hat, diese Vertragspartner zu vertrauens-

bissem Sinne ist das Kabinett glücklich, in einer solchen Stunde unter des Feldmarschalls und Ihrer Führung für Deutschland arbeiten zu dürfen.

Reichskanzler Adolf Hitler

dankte darauf in bewegten Worten den Mitglieder des Reichskabinetts, die sich in einer spontanen Kundgebung von den Plätzen erhoben hatten, für die treue Mitarbeit und das unerschütterliche Vertrauen, das man ihm in den verflochtenen Monaten entgegengebracht habe.

Der Reichskanzler gedachte in diesem Augenblick ebenfalls in Worten herzlichen Dankes des Reichspräsidenten von Hindenburg, der durch die Berufung dieses Kabinetts die Voraussetzung für den gewaltigen Sieg der deutschen Einigkeit geschaffen habe.

Die allerschwerste Arbeit des Reichskabinetts, die innere Formung des Volkes selbst, sei jetzt, wie das Ergebnis der Volksabstimmung und der Wahl des letzten Sonntags zeige, gelungen.

Gestützt auf dieses Ergebnis könnten nunmehr die weiteren Arbeiten im Innern und nach außen leichter und besser in Angriff genommen werden als bisher.

Papen zum Saarbevollmächtigten ernannt.

Sodann wurde ein Kabinettsbeschluss herbeigeführt, wonach Vizkanzler von Papen zum Saarbevollmächtigten der Reichsregierung ernannt wird. Als solcher werden Vizkanzler von Papen die Sachberater der Saarfragen in den einzelnen Ministerien unterstellt, und er hat das Recht des unmittelbaren Geschäftsverkehrs in diesen Angelegenheiten.

Erledigt wurde im weiteren Verlauf der Beratungen des Reichskabinetts ein Gesetzentwurf zur Änderung des Gemeindeforschungsgesetzes vom 21. September 1933, das eine Verlängerung der Fristbestimmungen und einige Ergänzungen vorsieht, ferner der Entwurf eines Gesetzes über Auktionen, ferner der Entwurf eines Gesetzes über die Schaumweinsteuer. Das letztere geschieht lebhaft aus dem Grunde, um der drohenden Entlassung einer größeren Anzahl von Arbeitern vorzubeugen und um neue Arbeitsmöglichkeiten zu erschließen.

Neue wichtige Beschlüsse des Kabinetts.

Aber den weiteren Verlauf der Sitzung des Reichskabinetts wird gemeldet: Auf Grund einer Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums beschäftigte sich das Reichskabinett mit den in diesen beiden Ministerien ausgestellten Grundfragen in der Frage des Doppelverdienstes, die aufgegeben wurden. Angenommen wurde ferner ein Gesetz über Preisnachlässe (Rabatte), das die auf diesem Gebiete zutage tretenden Mißstände beseitigen soll.

Den größten Raum in den Beratungen des Reichskabinetts nahmen drei Gesetzentwürfe des Reichsjustizministeriums ein, die die Einschränkung der Eide im Strafverfahren, die Beseitigung der Mißbräuche bei der Ehe und der Annahme an Kindesstatt sowie Maßnahmen

den Handlungen, mindestens aber zu lokalen Vorschlägen verpflichtet, die mit der Würde des Deutschen Reichs als eines souveränen Staates vereinbar sind.

Die französische Regierung hat jetzt unter dem Eindruck des Wahl- und des Abstimmungsergebnisses in Deutschland in ihrer Presse eine gewisse Geneigtheit zur Aufnahme von „Besprechungen unter vier Augen“, also mit Deutschland, andeuten lassen. Das ist zunächst nur als Pariser Versuchsballon zu werten. Daß man sich aber diese Art von Besprechungen noch immer im alten Geiste des Siegers gegenüber dem Besiegten denkt, geht daraus hervor, daß das der Regierung nahestehende Pariser „Journal“ schreibt, bei etwaigen Besprechungen unter vier Augen müsse man bedenken, daß man es bei Deutschland „mit einem gefährlichen Mann“ zu tun habe und müsse daher

„die Hand stets an der Revolvertasche haben“.

Wir nehmen das dankend zur Kenntnis, obwohl eine Aufklärung nicht nötig war. Aber vielleicht hat man inzwischen auch in Paris gelesen, was das halbamtliche Mailänder Blatt „Popolo d'Italia“ als Meinung der italienischen Regierung schreibt: „Angesichts der Einmütigkeit des deutschen Volkswillens kann die Reichsregierung die Lage mit unbedingter Ruhe betrachten.“

P. M. R.